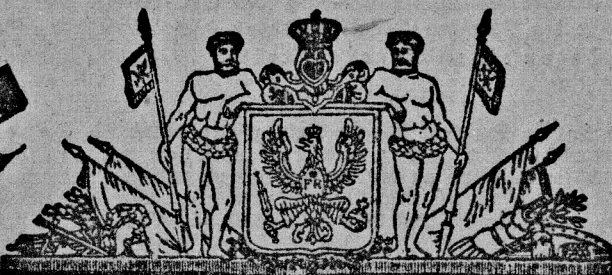


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monat. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. n. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co, Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 293

Erregung in Dänemark.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 30. März.

Heute vormittag schien es, als ob die Katastrophe des Generalstreiks von Dänemark abgewendet werden könnte. Der König berief den Sozialistenführer und bisherigen Minister Stauning ins Schloß, um mit ihm zu konferieren. Die Führer der Partei, die gerade versammelt waren, um über die Organisation des Generalstreiks zu beraten, hoben die Sitzung auf in der Erwartung, daß es Stauning gelingen würde, zu einer Einigung mit dem König zu kommen. Das Gespräch der Beiden verlief indessen in allgemeinen Redewendungen; der König erklärte, an seinem gestrigen Beschluß festzuhalten, und Stauning erwiderte, daß dann der Generalstreik unvermeidlich wäre. Der König erklärte ferner, daß augenblicklich Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, und wenn diese eine sozialistische Mehrheit ergeben so werde er gern ein sozialistisches Kabinett berufen, mit dem er hoffe gut zusammenarbeiten zu können. Diese Erklärung ist indessen nach der dänischen Verfassung eine solche Selbstverständlichkeit, daß sie die bevorstehende Katastrophe kaum aufhalten kann.

Wie ernst man in den Kreisen der jetzigen Regierung die Lage ansieht, geht daraus hervor, daß das Militär in den Kasernen konzentriert ist und sich in feindlichmänniger Ausrüstung zum augenblicklichen Ausrücken bereithalten muß. Urlaub wird nicht erteilt. Allerdings handelt es sich nur um wenige hundert Mann, die dem König zur Verfügung stehen. Von sozialdemokratischer Seite ist der Beschluß gefaßt worden, den gesamten Eisenbahnerverkehr ohne vorherige Ankündigung augenblicklich stillzulegen, falls der Versuch gemacht werden sollte, Truppen aus dem Lande nach der Hauptstadt zu schaffen. Andernfalls beginnt der Eisenbahnerstreik zur selben Stunde wie der Generalstreik, nämlich, wie zurzeit bestimmt ist, morgen vormittag um 12 Uhr.

Die Stimmung der Bevölkerung ist ziemlich erregt, weil man sich über die möglichen Verwickelungen völlig klar ist. Als die Nachparade heute vormittag vor dem Schloß aufzog, wurde sie mit Pfeisen empfangen, und man hörte Rufe wie: „Nieder mit der Garde!“ Viel häufiger als sonst kommen republikanische Neußerungen zur Geltung, deren wichtigste ein Aufruf der links-sozialdemokratischen Partei ist. Der Aufruf fordert zum geschlossenen Generalstreik auf und bezeichnet als Ziel des Generalstreiks die Einführung der Räterepublik. Folgende drei Programmpunkte werden in den Vordergrund gestellt: 1. Augunblickliche Abschaffung der Monarchie und Einführung der sozialistischen Republik. 2. Errichtung von Arbeiterräten auf allen Arbeiterplätzen. 3. Freilassung aller aus politischen Gründen verhafteten Arbeiter. Das Manifest schließt mit einem Hoch auf den Sozialismus und die Weltrevolution.

Im Gölledpark fand heute abend eine große Volksversammlung statt, die von etwa 70 000 Menschen besucht war. Zwanzig Redner, darunter Stauning und Borchjerg, sprachen, sie wurden mit donnerndem Beifall begrüßt. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, die Volksversammlung erhebe in scharfen Worten Einspruch gegen den Staatsstreik und verpöche tätige Unterstützung der sozialdemokratischen Partei und deren Gewerkschaften bei jedem Schritt, der die Wiedereinführung der Verfassung und die volle Durchführung der Demokratie bezweckt. Die Resolution schließt: „Nieder mit dem Staatsstreik und seinen Urheber! Es lebe die Sozialdemokratie!“

Es ist vielleicht ein Zufall, vielleicht aber auch nicht, wenn „Politiken“, das Organ Bahles, gerade heute einen ausführlichen Artikel über die verschiedenen Monarchen veröffentlicht mit einer Schilderung, wo sie sich zurzeit aufhalten. Auch in „Socialdemocraten“ kommen verstärkte republikanische Tendenzen zu Worte. Wenn man im ersten Augenblick der Erregung alle diese Schlussfolgerungen und Drohungen auch nicht zu überschätzen braucht, darf man ihre Bedeutung doch nicht zu gering anschlagen.

„Klotten 5“, die Abendausgabe von „Socialdemocraten“, schreibt in einem scharf gehaltenen Artikel u. a.: „Es handelt sich nicht um die Frage, ob eine einzelne Person, der unverantwortliche König, das Recht haben soll, die Verfassung zu brechen und das Ministerium verabschieden, das aus dem Volksgang hervorgegangen ist und nach wie vor dessen Vertrauen genießt. Wollen wir die Gewaltherrschaft eines Königs oder die verfassungsmäßige Herrschaft des Volkes haben? Wir zweifeln nicht daran, was die Arbeiter meinen, und sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse sich wie ein Mann gegen die chauvinistische Clique erheben wird, die den wankelmütigen und schwachen König in dieses Abenteuer gelockt hat. Wie die Sache auch ausgeht, selbst wenn der König sich beugt werden die Ereignisse von gestern nicht vergessen werden, sondern ihren Lohn erhalten. Die Arbeiter sind heute nicht mehr, wie bisher theoretische Republikaner, sondern praktische. Sie sehen, daß ein König immer ein Spielball für die Säunen der Reaktion sein wird.“

Ueber den eigentlichen Akt der Verabschiedung erfahren wir von bestunterrichteter Seite, daß der König seiner Umgebung vorher nichts von seiner Absicht, den Minister Bahle zu verabschieden, mitgeteilt hat. Als Bahle nach der entscheidenden Audienz den König verließ, traf er im Vorzimmer den verantwortlichen Rabinetssekretär Krueger, den er mit den Worten begrüßte: „Sie

sehen hier den ehemaligen Staatsminister.“ Der Rabinetssekretär war über diese Mitteilung wie aus den Wolken gefallen und wollte zuerst Bahles Worten nicht glauben; erst später erhielt er Aufklärung über den Schritt, den der König getan hatte.

Kopenhagen, 30. März.

Das heute vom König ernannte Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Staatsminister und Justizminister Rechtsan-

walt Otto Siebe, Unterrichtsminister Prof. Rossing, Minister des Innern Stiftsamtmann Kammerherr Dgholm, Verteidigungsminister Kommandeur Konow; Minister für öffentliche Arbeiten Ingenieur Ronberg, Finanzminister Direktor Hjel Hansen, Kirchenminister Rektor Faß, Handelsminister Schiffscheder Sorenson. — Konow übernimmt einstweilen auch das Ministerium des Neuzern und Dgholm das Ministerium für Landwirtschaft.

Hoffnung auf Verständigung.

Die Reichsregierung für das Bielefelder Abkommen.

Die scharfe Spannung, die im Ruhrrevier durch die Forderungen des Wehrtreikommandos Münster entstanden ist, hat, wie im Abendblatt gemeldet wurde, die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien veranlaßt, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß der Bevölkerung des Industriegebietes die notwendigen Garantien gegen militärische Uebergriffe gegeben werden. Im einzelnen wurde gefordert, daß die Regierung eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen gebe, daß die darüber hinausgehenden Befehle und Maßnahmen aufgehoben werden, daß General Watter abberufen und eine achtundvierzigstündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zugesprochen werde. Nachmittags 6 Uhr fand eine Kabinettsitzung statt, um zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis wird uns von der Pressestelle der Reichsregierung folgendes mitgeteilt:

Im Anschluß an die Besprechungen, die am Dienstag nachmittags mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und den sozialdemokratischen Parteien mit der Regierung stattgefunden haben, hat die Reichsregierung auf die dort vorgetragenen Wünsche mit nachstehendem Schreiben erwidert:

Erklärung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung sieht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen nicht in das Industriegebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen 7 Tage verfloßen sind, nicht das geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil, Wesel ist vorausgesetzt angegriffen worden, Minderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden, erpresserische Eingriffe in Landbesitz und in die Bestände der Reichsbank haben sich freigelegt; Lebensmittel, Vieh usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilferufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein.

Pflicht der Regierung ist es, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner des Ruhrgebietes geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals Watter nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgesehen wurde.

Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt, unter Beteiligung von Zivildienstverpflichteten und in einer Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur noch auf Aufrührer und Verbrecher beschränkt sein würde.

Die Reichsregierung
gez. Hermann Müller.

Im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Tatsache, daß sich der preussische Minister Sebering als Reichskommissar ins Ruhrgebiet begeben, kann die Antwort des Reichskanzlers an die Gewerkschaften wohl dahin ausgelegt

werden, daß nunmehr der Vertreter der staatlichen Zivildienstverwaltung die alleinige Entscheidung über alle weiteren militärischen Vorkehrungen im Ruhrrevier erhält. Die Situation würde vereinfacht worden sein, wenn man diesen auch dem Sinn der Verfassung entsprechenden Zustand von vornherein geschaffen hätte. Jedensfalls ist es das einzige geeignete Mittel, um die dringend notwendige Beruhigung im Ruhrrevier herbeizuführen. Man muß nunmehr wünschen und hoffen, daß durch beiderseitige Einsicht das Unheil des Generalstreiks mit seinen nicht absehbaren Folgen nunmehr verhütet werde.

Kein Generalstreik im Industriegebiet.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Düsseldorf, 30. März.

Auch in den letzten kritischen 24 Stunden hat Düsseldorf seine Ruhe bewahrt. Die 205 zurückflutenden Angehörigen der roten Armee, die gestern nacht Rathaus und Ständehaus besetzt und den Vollzugsrat vertrieben hatten, haben nur eine kurze Herrschaft ausüben können. Im Rathaus ist es gelungen, sie durch Verhandlungen zum Abzug zu bewegen, und aus dem Ständehaus haben herausmarschierende Arbeiter sie herausmandriert. Sie sind auch wesentlich dadurch beruhigt worden, daß man sie der Erwerbslosenunterstützung zugeführt hat. Der Generalstreik ist hier nicht erklärt worden, und es ist augenblicklich auch keine Stimmung dafür vorhanden, zumal eine Anregung der Regierung an General Watter vorliegen soll, wonach keine Fortsetzung der Reichswehr ins Industriegebiet vorrücken darf. Der Fernsprechverkehr mit Dortmund und Essen ist gesperrt.

Der Generalstreik ist bisher nur in einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und in Elberfeld. Im letztgenannten Ort fand am Neumarkt eine von den drei sozialistischen Parteien einberufene Versammlung statt, die den Generalstreik ausdrücklich billigte. In den Fabriken ist durchweg gearbeitet worden. Das Leben auf den Straßen zeigt kaum irgendwelche Veränderung, nur die zahlreichen, durch die Stadt ziehenden Trupps der roten Armee bringen eine besondere Note in das Verkehrsleben. Sie bewegen sich nach beiden Richtungen. Man sieht sowohl Abteilungen, die zur Verstärkung der Front nach Norden eilen und die vielfach für ihren Transport nach Duisburg Straßenbahnzüge requirieren, wie einzelne Horden, die sich offenbar von der Front losgelöst haben und der Heimat zustreben.

Hagen, 30. März.

Der heute früh proklamierte Generalstreik ist abge sagt worden. Morgen kommt Reichskommissar Sebering hierher, um nochmals mit der Arbeiterschaft auf Grund der Bielefelder Beschlüsse zu verhandeln.

Stuttgart, 30. März.

Der heutige Tag, an dem ein kommunistischer Putsch in Württemberg geplant war, ist vollständig ruhig verlaufen.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Legien, und der Abgeordnete Osterroth veröffentlichten folgende Erklärung: „Das „Nachtuhr-Wendblatt“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung die Mitteilung von einem Ultimatum der Gewerkschaften an die Reichsregierung. Danach soll die Reichsregierung ersucht werden 1. eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen zu geben, 2. die über dieses Abkommen hinausgehenden Befehle und Maßnahmen aufzuheben, 3. den General Watter abberufen und eine achtundvierzigstündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens auszusprechen. Das „Ultimatum“ soll von einer Delegation, angeblich bestehend aus Legien, Crispin, Levi, Osterroth und Eckard, dem Reichskanzler überreicht worden sein. Falls die Regierung dieses Ultimatum oder auch nur